

01.07.2009

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 23.06.2009

Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:37 Uhr
Sitzungsort:	Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion der CDU
Pohl, Hans-Werner

Fraktion der CDU
Mau, Hans-Joachim

Bis TOP 5.6

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Pätzold, Hans-Joachim

Fraktion der SPD
Laue, Harald
Hartmann, Robert

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, informierte er über das entschuldigte Fehlen des Ausschussvorsitzenden, Herrn Schönemann sowie seines Stellvertreters, Herrn Trocha. Seitens Herrn Pohl wurde Bereitschaft zur Leitung der heutigen Sitzung erklärt. Seitens des Gremiums wurden keine Einwände erhoben.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Daraufhin stellte **Herr Pohl, Leiter der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen, Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die ausgereichte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 19.05.2009**

Zum Protokoll der teilweise gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 19.05.2009 informierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass zu seinem abgelehnten Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Gestaltung des Knotenpunktes der künftigen Ostrandstraße mit der Straße Wasserstadt“ in den öffentlichen Teil der Sitzung vom 19.05.09 mittlerweile ein Stellungnahme des Rechtsamts vorliege, die seine Meinung unterstütze. Daraufhin habe er einen Antrag an Herrn Schönemann gerichtet, diesen Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung erneut zu behandeln. Zur Klärung der prinzipiellen Vorgehensweise, nach der eine Thematik auf Antrag einer Fraktion auf die Tagesordnung zu nehmen sei, habe er ein Schreiben an den Oberbürgermeister gerichtet. Auch seitens der Kommunalaufsicht sei ihm in Kürze eine Stellungnahme zugesichert worden.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde erklärt, dass er durch Herrn Schönemann informiert wurde, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Dem Protokoll auf der Seite 16 sei zu entnehmen, so **Herr Pohl, Fraktion der CDU**, dass zu den Konfliktpunkten des Denkmalrahmenplanes mit eigenen Planungen in der heutigen Sitzung zu informieren sei.

Diese Information werden man in Tagesordnungspunkt 6.1.2 zur Kenntnis geben, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Weitere Rückfragen zum Protokoll der Sitzung vom 19.05.09 wurden nicht geäußert, so dass es zur Beschlussfassung gestellt werden konnten.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 3

Das Protokoll der teilweise gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 19.05.2009 wurde mehrheitlich bestätigt.

4. Öffentliche Informationsvorlagen

4.1. Konzept der Veranstaltungsagentur Bernd Gellesch zur Betreuung der Dessau-Roßlauer Wochenmärkte Vorlage: DR/IV/054/2009/II-36

Einführend beschrieb **Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Ordnung und Verkehr**, mit der Ausschreibung der Wochenmarktbetreibung in der Stadt Dessau-Roßlau Ende des Jahres 2008 und der Zuschlagserteilung an die Veranstaltungsagentur Bernd Gellesch, die Entwicklung der Thematik in den vergangenen Monaten. Nach Begleitung der Entscheidungsfindung durch den Wirtschaftsausschuss, sei in der letzten Sitzung der Wunsch geäußert worden, das Konzept der Veranstaltungsagentur auch im Bauausschuss vorzustellen. Zu den Ergebnissen der Ausschreibung ergänzte sie, dass ein Bewerber gegen die Zuschlagserteilung Einspruch erhoben und ein weiterer Bewerber sein Angebot zurückgezogen habe.

Da die Thematik eigentlich Sache des Wirtschaftsausschusses sei und das Konzept den Unterlagen beigelegt habe, bat **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, sich in Anbetracht der heutigen Tagesordnung auf die wichtigsten Punkte zu beschränken.

Nach Übertragung des Rederechts an **Herrn Gellesch, Veranstaltungsagentur Bernd Gellesch**, wurde als Kritikpunkt der Händler die, bei Veranstaltungen auf dem Markt, notwendigen Verlegungen zum August-Bebel-Platz angeführt, die mit erheblichen Umsatzverlusten verbunden seien. Als Alternative schlug er die Nutzung der nördlichen Zerbster Straße vor.

Die Möglichkeit eines Verrückens des Marktgebietes in Richtung Norden, während der Veranstaltungen, wie beispielsweise das bevorstehende Leopoldsfest, sei durch die Verwaltung zu prüfen, so **Herr Otto**. Bei Zustimmung der Händler sei auch die Lange Gasse als Alternative für den August-Bebel-Platz in die Prüfung einzubeziehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, wurde als **Prüfauftrag** für die Verwaltung protokollarisch festgelegt:

Als Alternativen für den Ersatzstandort August-Bebel-Platz des Wochenmarktes in Dessau während der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen vor dem Rathaus sind die Standorte nördliche Zerbster Straße und Lange Gasse zu prüfen.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

4.2. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschlüsse zu Pauschalförderungen und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen **Vorlage: DR/BV/222/2009/VI-65**

Nach Diskussion zur Verwendung der Gelder der allgemeinen Pauschale und Teilen der Schulpauschale des Konjunkturprogramms II, werden in dieser Vorlage die ausgewählten Projekte dargestellt, erläuterte einfühend **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Zur nachhaltigen Entlastung des Haushaltes wurden Maßnahmen vorgesehen, die aufgrund der energieeinsparenden Wirkungen einen kurz- und mittelfristigen Amortisationszeitraum versprechen.

Die Auflistung der Projekte kommentierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, in positiver Richtung, da die vorbereitenden Arbeiten des Energiemanagements nun mit Investitionsmitteln unterstützt werden, die zu einer langfristigen Entlastung des Verwaltungshaushalts führen werden.

Auf Nachfrage des **Herrn Laue, Fraktion der SPD**, zu den vorgesehenen Zeiträumen der Umsetzung sowie den Kriterien der Vergabe der Leistungen, erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Ausschreibung der Leistungen jetzt und die Beauftragung und Umsetzung in den Jahren 2009 und 2010 erfolgen. Letzte Frist für die Abrechnung der Mittel sei das Jahr 2011. Ergänzend verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, auf die Anlage 3 der Informationsvorlage, die die vorgesehenen Planungs- und Umsetzungszeiträume darstelle.

Zur Umsetzung der Maßnahmen erklärte **Herr Bekierz**, nach Rückfrage von **Herrn Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, dass die Arbeiten an den Schulen und Sporthallen unter laufendem Betrieb umgesetzt werden. **Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, bestätigte diesbezügliche Abstimmungen.

Bei der Beauftragung dieser Leistungen an regionale Unternehmen werde es einen enormen Schub in der Wirtschaft geben, äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Nachdem **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, auf die mit den Maßnahmen verbundene CO₂-Einsparungen verwiesen hatte, erklärte **Herr Bekierz**, dass man sich in der Projektauswahl an den Beschluss des Bauausschusses vom November 2008 zum „Konzept zur energetischen Gebäudesanierung kommunaler Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau“ orientiert habe. An dieser Stelle setze man Maßnahmen um, die eine zeitnahe Amortisation und einen Konsolidierungsbeitrag von 200 bis 300 T € pro Jahr versprechen.

Auf die Frage von **Herrn Pohl, Fraktion der CDU**, zu den, trotz des vergleichsweise neuen Bauwerks Anhaltisches Berufsschulzentrum, bereits notwendigen Maßnahmen, erläuterte **Herr Bekierz**, dass nach der Prüfung der Ist-Zustände im Energieverbrauchsverhalten nach Inbetriebnahme des Bauwerks eine Optimierung der Anlagentechnik erforderlich sei.

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II seien in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 19.06.09 weitere Schulprojekte beschlossen wurden, erläuterte **Herr Wolfram**. Zu den insgesamt sieben Maßnahmen werde man in der Hauptausschusssitzung am 24.06.09 informieren. Im Einzelnen seien dies:

- Sporthalle der Grundschule Friederikenstraße, Sanierung der Außenhülle und Erneuerung der haustechnischen Anlagen in Höhe von 620 T€
- Grundschule „Geschwister Scholl“ Mauerstraße, Dachdeckung und –dämmung, Fenster und Türen, Fassadenreparatur, Toilettensanierung in Höhe von 1.312 T€

- Grundschule „Am Akazienwäldchen“ Mariannenstraße, Dachdeckung und –dämmung, Fenster und Türen, Fassadendämmung, Toilettensanierung in Höhe von 438 T€
- Grundschule „Ziebigk“ Elballee, Dachdeckung und –dämmung, Fenster und Türen, Fassadendämmung, Toilettensanierung in Höhe von 700 T€
- Grundschule „Mosigkau“ Winklerstraße, Dachdeckung, –dämmung und -ausbau, Fenster und Türen in Höhe von 350 T€
- Musikschule Medicusstraße, Trockenlegung, Fassadendämmung, Türen in Höhe von 174 T€
- Volkshochschule Erdmannsdorffstraße, Einbau von Klima- und Lüftungsanlagen, Schallschutzmaßnahmen, Einbau von Sportböden in Höhe von 175 T€

Die Eilentscheidung des OB zu den genannten Maßnahmen sei notwendig geworden, da die Anmeldung der Maßnahmen bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt bis zum 30.06.09 eines entsprechenden Beschlusses bedarf.

Bei entsprechendem Planungsstand werde man die Maßnahmen im Bauausschuss vorstellen, ergänzte **Herr Bekierz**.

Um die Fristen zu wahren, argumentierte **Herr Otto**, könne man die Vorlagen auch vorbehaltlich der Beschlussfassung der OB-Runde ausreichen. Da während der Dacheindeckung an der Grundschule in Kochstedt bereits ein Gerüst aufgestellt werde, sollte man prüfen, ob – falls nicht zukünftig eine Wärmedämmung angebracht werde – ein Anstrich der Fassade vorgesehen werden könne.

Herr Wolfram wies darauf hin, dass die Fassade der Schule zu ca. 60 % mit Wein bewachsen sei. Die Ausführung eines teilweisen Anstrichs werde man jedoch prüfen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5. Öffentliche Beschlussfassungen

5.1. Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der B 184 Vorlage: DR/BV/209/2009/II-36

Bedarf zur Einführung wurde nicht geäußert.

Auf die Frage von **Herrn Pohl, Fraktion der CDU**, nach dem Zeitpunkt der Aufstellung des „Blitzers“, verwies **Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Ordnung und Verkehr**, auf die Abhängigkeiten in Bezug auf den Bauablauf im Bereich der B 184. Als Aufstellort beschrieb sie eine Distanz von 150 m zum Ortseingangsschild.

Nachdem im letzten Bauausschuss der Maßnahmebeschluss für die Straßenbauarbeiten gefasst wurde, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wurde durch ihn die Bitte geäußert, die Aufstellung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage als Maßnahme der

Verkehrsberuhigung in diesem Bereich zu prüfen. Für ihn stelle dies einen Beitrag dar, der Raseri in diesem Bereich zu begegnen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

**5.2. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 205 "Wohnbebauung Brä-sener Weg" im Stadtteil Roßlau
Vorlage: DR/BV/203/2009/VI-61**

Nachdem **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf ausge-reichte, redaktionelle Änderungen hinwies, die die textlichen Festsetzungen des B-Plans betref-fen und zur abschließenden Behandlung in der Stadtratssitzung korrigiert werden, wurden keine weiteren Rückfragen geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit der o. a. Änderung einstimmig bestätigt.

**5.3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes der Innenentwick-lung Nr. 217 "Erschließung Elbewerk"
Vorlage: DR/BV/208/2009/VI-61**

Durch **Herrn Pohl, Fraktion der CDU**, wurde der Hinweis gegeben, dass es hilfreich wäre, be-reits zur Sitzung des Bauausschusses das Votum des Ortschaftsrates vorliegen zu haben.

Die parallele Arbeit der Gremien sei möglich, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, der Stadtrat könne in seiner abschließenden Abstimmung das Votum des Ortschafts-rates als auch das des Bauausschusses würdigen. Er plädierte für eine Abstimmung des Be-schlussvorschlages.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies auf die schwierigen Verhandlungen mit dem WTZ und dem Elbewerk. Wichtig sei es, langfristig die Zuwegungen zu beiden Unternehmen zu sichern.

Nachdem **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf ausge-reichte, redaktionelle Änderungen hinwies, die die Dezernatsbezeichnung in der Übersichts-plandarstellen betreffen und zur abschließenden Behandlung in der Stadtratssitzung korrigiert werden, wurden keine weiteren Rückfragen geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit der o. a. Änderung einstimmig bestätigt.

5.4. Beschluss über die öffentliche Auslegung und die Behördenbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 104-A "Industrie- und Gewerbegebiet Köthener Straße, Teilgebiet A"
Vorlage: DR/BV/201/2009/VI-61

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

5.5. Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße
Vorlage: DR/BV/240/2009/VI-83

Auf Nachfrage von **Herrn Mau, Fraktion der CDU**, zur Ausführung des hochwassersicheren Ausbaus der Südstraße, erläuterte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, den Einbau einer Spundwand zwischen Fahrbahn und Radweg. Seitens des LHW wurde der Ausbau bislang abgelehnt. Durch die Förderfähigkeit im Rahmen des Konjunkturprogramms II habe man nun die Möglichkeit, Anträge einzureichen. Nach Bestätigung des Projektantrages werde man die Planung in Auftrag geben. Zur Vermeidung von Straßenschäden sei eine Abstimmung mit dem Straßebaulastträger notwendig.

Die durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, mit der Verlagerung der Schutzanlage in Richtung Elbwiesen vorgeschlagene Ausbauvariante werde, so **Frau Dr. Kegler**, in der weiteren Planung untersucht.

Weiter gehende Verhandlungen mit dem Land zur Finanzierung des mobilen Deichschutzes forderte **Herr Otto**.

Sonstige Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

5.6. Schalltechnische Untersuchungen zum Nachweis der Förderfähigkeit für geplante Lärminderungsmaßnahmen auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009.I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II) - Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/226/2009/VI-66

Einführend erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die Möglichkeit der Förderung von Lärminderungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II. Einzubeziehen wären auch Straßenbaumaßnahmen, die der Reduzierung von Lärm dienen. Zur Projektauswahl bemerkte er, dass man stets im Fokus der konzeptionellen Gedanken habe, dass sich die Vorortstraßen in einem teilweise maroden Zustand befänden.

Hierzu werden Überlegungen angestellt, alternative Lösungen zu erarbeiten und deren Finanzierung zu prüfen. Ebenso erhoffe man sich zusätzliche Erkenntnisse aus den Abstimmungen mit den Ortschaftsräten zu den Prioritätenlisten der Tiefbaumaßnahmen.

Die Rahmenbedingungen des Konjunkturprogramms II für die Lärminderungsmaßnahmen nehmen als Grundlage den Lärmaktionsplan. Der Festlegung einzelner Straßen sei ein schalltechnisches Gutachten vorangestellt, das die Förderfähigkeit der Maßnahmen belege. Die letztendliche Entscheidung werde man erst nach Vorliegen des Gutachtens treffen können.

Ergänzend erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**, zusammenfassend für die folgenden Beschlüsse die Randbedingungen der Förderung aus dem Konjunkturprogramm II. Wobei in der Vorlage unter TOP 5.8 „Umgestaltung der Albrechtstraße zwischen Rosslauer Allee und Wolfgangstraße ...“ eine Reduzierung von 4 auf 3 Fahrspuren, Ummarkierungen und Belagserneuerung zur Unterstützung der Verkehrsverlagerung sowie die Aufwertung der Radwege vorgesehen sei, entspreche auch ein bituminöser Hocheinbau bei Einhaltung der schalltechnischen Rahmenbedingungen den Förderkriterien. Aus diesem Grund wurde eine Prioritätenliste aufgestellt, bei der vor allem Pflasterstraßen in Frage kamen. Die in den Beschlussvorlagen unter TOP 5.9 bis 5.11 aufgeführten Straßenbaumaßnahmen in der Elisabeth-, Bitterfelder, Akensche und Basedowstraße sowie Friedensplatz gehören zum Teil zum Hauptstraßennetz bzw. runden das Gesamtpaket im Bereich Theaterviertel ab. Die unter dem TOP 5.12 zum Beschluss gestellte Aufwertung der Berliner Straße gründe sich auf den schlechten Zustand sowie den vielfach geäußerten Wunsch der Anlieger.

Eine Vielzahl weiterer Straßen, so z. B. die Erich-Weinert-, die Turm- und die Alte Leipziger Straße wurden in die Vorbetrachtungen einbezogen, mussten jedoch wegen negativer Randbedingungen, wie beispielsweise fehlender Entwässerungsmöglichkeit, aus der Auflistung gestrichen werden. Andere Straßen wie z. B. die Ferdinand-von-Schill-Straße seien zum grundhaften Ausbau vorgesehen, da man in diesem Bereich die Priorität auf nachhaltige Lösungen lege.

Im Gesamtpaket, der für die Stadt Dessau-Roßlau zur Verfügung stehenden 2 Mio. €, wurden weiterhin die aus dem Lärmaktionsplan abgeleiteten, hier unter dem TOP 5.7 geführten, verkehrsorganisatorischen Maßnahmen vorgesehen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, der eingangs Lob und Zustimmung hinsichtlich der gesamtstädtischen Betrachtungsweise äußerte, hinterfragte mögliche Änderungen in der Schaltung der Lichtsignalanlage in der Kavaliertstraße.

Diese Straße sei entsprechend der Verkehrsentwicklungsplanung als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich ausgewiesen, antwortete **Frau Jung**. Der gegebene Hinweis werde in die weiteren Überlegungen einbezogen.

Hinsichtlich der dargestellten hohen Verkehrsbelastung in der Bitterfelder Straße, fragte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, ob die schalltechnischen Untersuchungen die Grundlage für die Umsetzung bilden. Dies bestätigte **Frau Jung**. Die Einhaltung der schalltechnischen Randbedingungen sei die Voraussetzung für die Fördermittelanträge. Zur Bitterfelder Straße informierte sie darüber, dass diese Straße mit einer Belastung von 6.000 Fahrzeugen, eine der am höchsten belasteten Pflasterstraßen im Stadtgebiet sei.

Die ausgewählten Straßen entsprechen auch denen, die im Quartierskonzept „Theater- und Johannisviertel“ zur notwendigen Aufwertung Erwähnung fanden, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Mit der Frage zur Art der Ermittlung der Verkehrszahlen, gab er den Hinweis, die reale Verkehrsentwicklung zu prüfen, da die Belastung einiger Straßen in der Realität geringer sei, als in den Planungen berechnet.

Neben den Basiszahlen aus dem Verkehrsentwicklungsplan werden auch Beobachtungen und Zählungen herangezogen, antwortete **Frau Jung**. Während der Erarbeitung des Lärmaktionsplans wurden ebenfalls Zählungen durchgeführt, die die Berechnungen des Verkehrsentwick-

lungsplanes bestätigten, berichtete **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**.

Nach dem Vorschlag von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Burgkühnauer Straße in die Prüfung einzubeziehen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass durch das Tiefbauamt weitere Vorschläge nach Prüfung der allgemeinen Rahmenbedingungen in die schalltechnischen Untersuchungen aufgenommen werden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.7. Durchführung verkehrsorganisatorischer Maßnahmen einschließlich der Optimierung von Lichtzeichenanlagen auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009. I, S.416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
Vorlage: DR/BV/224/2009/VI-66**

Frau Jung, Tiefbauamt, erläuterte eingangs die Randbedingungen der Förderkriterien im Rahmen des Konjunkturprogramms II bezogen auf die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen.

Die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zum Verkehrsrechner und den ausbleibenden Reaktionen trotz der in den Asphalt eingelegten Messschleifen, beantwortete **Frau Jung** mit der Programmierung vorbestimmter Regelungen, so dass auf unvorhergesehene Verkehrsschwankungen nicht immer reagiert werde. Die Optimierung der Programme erfolge ständig.

Um Vorstellung der durchgeführten schalltechnischen Untersuchungen sowie deren Ergebnisse bat abschließend **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.8. Umgestaltung der Albrechtstraße zwischen Rosslauer Allee und Wolfgangstraße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009. I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: DR/BV/225/2009/VI-66**

Nachdem **Frau Jung, Tiefbauamt**, die zur Umgestaltung der Albrechtstraße vorgesehenen Baumaßnahmen erläuterte, bat **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um Vorstellung der Planung, sobald ein entsprechender Stand erreicht sei.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.9. Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Elisabethstraße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009.I, S 416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: DR/BV/227/2009/VI-66**

Da für die Elisabethstraße die Prioritäten nicht so hoch angesetzt seien, wie in anderen Bereichen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seien – wie bereits im Tagesordnungspunkt 5.6 besprochen – Alternativen anhand der Förderrichtlinien sowie im Ergebnis der schalltechnischen Untersuchungen zu prüfen. Ansonsten seien die zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen und mit Maßnahmen zu untersetzen.

Dass man so verfahren wolle, darüber sei Einigkeit erzielt worden, ergänzte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Unter diesen Voraussetzungen können die folgenden Beschlüsse mitgetragen werden.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.10. Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Bitterfelder Straße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009.I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: DR/BV/228/2009/VI-66**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.11. Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme im Bereich Theaterviertel (Friedensplatz, Akensche Straße, Basedowstraße) auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBBl. 2009.I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: DR/BV/229/2009/VI-66**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.12. Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Berliner Straße im Stadtteil Roßlau auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland von 02.März 2009; BGBBl. 2009.I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: DR/BV/230/2009/VI-66**

Unter Bezugnahme auf die Biogasanlage in der Lukoer Straße, erinnerte **Herr Pohl, Fraktion der CDU**, daran, dass die Abstimmungen mit dem Ergebnis geführt wurden, für die Belieferung

der Anlage eine Benutzung der Berliner Straße auszuschließen. Aufgrund der Aufwertung der Berliner Straße werden sich künftige Transportwege ändern.

Die Aufnahme der Berliner Straße in die Liste der Lärminderungsmaßnahmen orientierte sich vordergründig an den eingehaltenen Rahmenbedingungen, vorbehaltlich der schalltechnischen Untersuchungen, sowie den Hinweisen der Bürger hinsichtlich des Aufwertungsbedarfs, erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**.

Der schlechte Zustand der Berliner Straße stellt das einzige Argument dar, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, eine Fahrtroutenbeschränkung als verkehrsbehördliche Anordnung anzuweisen.

Die Diskussion abschließend, wurde vereinbart, das Statement des Ortschaftsrates Roßlau zur geplanten Straßenaufwertung einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

- 5.13. Lückenschluss aktiver Lärmschutz (Lärmschutzwall) an der künftigen B 185 auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) im Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBBl. 2009.I, S. 416ff (Konjunkturpaket II) sowie den Ergebnissen der notwendigen schalltechnischen Untersuchungen.**
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/231/2009/VI-66

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

6.1.1. Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles

Mit dem Hinweis auf das zur Sitzung ausgereichte Ergebnisprotokoll des Gesprächs am 05.06.09 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die Vereinbarungen der einzuhaltenden Bedingungen bei der Planung und Umsetzung der städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser.

Während des Moratoriums wurde gemeinsam mit den Architekten, dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie der Stiftung Bauhaus an der Entwurfsidee weiter gearbeitet;

es wurden Qualitäten entwickelt, die demnächst einer Bemusterung unterzogen werden. Mittlerweile wurde ein Büro zur Steuerung des Gesamtprojekts mündlich beauftragt. Die Ergebnisse werden – sobald sie in abgestimmter Form vorliegen – dem Gremium vorgestellt.

Die Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, nach dem vorgesehenen Zeitplan, beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch** dahingehend, dass bis zum Juli 2009 die Bemusterung und Fortschreibung der Qualitätskriterien erfolge und die weitere Planung fortgeführt werde.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

6.1.2. Denkmalrahmenplan für das Gartenreich Dessau-Wörlitz

Zur Ausgangssituation in der Erarbeitung des Denkmalrahmenplans, dessen Grenzen und den Verlauf der Abstimmungen der beteiligten Gebietskörperschaften, der Plansystematik und des Bearbeitungsstandes des Jahres 2007 informierte **Frau Lüttich, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**. Die Ausfertigung der Fachplanung aus denkmalpflegerischer Sicht wurde für September 2009 angekündigt. Nach der Vorstellung einiger bereits absehbarer Konfliktpunkte mit städtischen Planungen, werde man, nach Durchsicht des gesamten Planwerks, erste Aussagen im Frühjahr 2010 machen können. Ergänzend erklärte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass – entgegen der ursprünglichen Vorstellungen hinsichtlich des Charakters der Planung und seiner Wirkung als Landesplanung – diese Unterlage die Denkmalbegründung als Grundlage der Diskussionen künftiger Bauvorhaben darstelle.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zu den vorgesehenen Veröffentlichungen der Planergebnisse, informiert **Frau Lüttich**, dass geplant sei, ein Fachbuch sowie eine Ausgabe für Behörden auszufertigen.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Pohl, Fraktion der CDU**, in der nächsten Ausschusssitzung Informationen darüber zu geben, in wie weit ein Abriss des Denkmals vor der Volksbank in Frage komme, welches sich mittlerweile als Ärgernis und Schandfleck im Zentrum etabliert habe.

Lediglich die derzeitige Nutzung sei kritikwürdig, entgegnete **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, ansonsten sei auch die baugebundene Kunst aus der Zeit der DDR erhaltenswert.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab diesbezüglich den Hinweis, die Magdeburger Regelungen in Bezug auf das Verbot öffentlichen Alkoholkonsums zu prüfen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

6.1.3. Umgestaltung von Flächen im Bereich Quellendorfer Straße im Zuge der Baumaßnahmen am Roten Faden

Die Anfrage seiner Fraktion wurde vor dem Hintergrund formuliert, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, eventuell geplante Eingriffe in die Grünstruktur im Bereich der Quellendorfer Straße zu prüfen.

Tiefergehende Eingriffe in die Grünstruktur werde es nicht geben, informierte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**. Die Flächen werden aufgewertet und es erfolge die Pflanzung einer Gehölzgruppe als Ausgleich.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

6.1.4. Umgang mit den beiden denkmalgeschützten Objekten auf dem ehemaligen Junkalorgelände (Rundbogenhalle, Junkers-Verwaltungsgebäude)

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde darüber informiert, dass für das Verwaltungsgebäude auf dem ehemaligen Junkalor-Standort der Versuch der Vermarktung bis zum Ende des Jahres 2009 fortgeführt werde. Für die Rundbogenhalle befinde man sich mit zwei Interessenten in Verhandlungen, die derzeit ihre jeweiligen Businesspläne überarbeiten, damit ein Entscheidungsvorschlag vorbereitet werden kann. Dieser Prozess werde in den nächsten Wochen abzuschließen sein.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, merkte an, dass gerade mit der Sicherung dieser Gebäude Vorsorge zu treffen sei, das Andenken an Hugo Junkers zu erhalten. Um dies zu unterstützen sollte man überlegen, notwendige Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um den Bestand auch über längere Zeit halten zu können.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde der Vorschlag vorgetragen, ähnlich dem Wächterhaus-Prinzip in Leipzig, eine Innutzungnahme des Verwaltungsgebäudes zu erreichen.

Der Gebäudezustand würde dies nicht ohne weitere Baumaßnahmen zulassen, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man werde jetzt die Ergebnisse der Vermarktung des Verwaltungsgebäudes verfolgen und für die Rundbogenhalle eine Entscheidung zur Nachnutzung vorbereiten.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

6.2. Sonstige Anfragen und Informationen

6.2.1. 1. Halbjahresbericht 2009 des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Nachdem **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, den Vorschlag eingebracht hatte, dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt jeweils einen Halbjahresbericht zur Berichterstattung über die Arbeit des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung, die diesen Ausschuss betrifft, vorzulegen und dies vom Gremium unterstützt wurde, informierte er über die konzeptionelle Arbeit, die Vorbereitung von Investitionen, von der Akquise von Fördermitteln, der Planung bis zur Ausschreibung, sowie der Umsetzung der Investitionen im Ressort Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Im Anschluss sprach er seinen Dank gegenüber den Mitarbeitern des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung aus und gab einen Ausblick über die künftige Arbeit.

Die Vorstellung der Arbeit der letzten sechs Monate begrüßend, merkte **Herr Pohl, Fraktion der CDU**, an, dass es wünschenswert sei, eine ähnliche Darstellung auch für den Ausschuss, für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vorzubereiten.

Um die Arbeit der vergangenen Monate auch in den Fraktionen transportieren zu können, regte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an, die Powerpoint-Präsentation als Anlage dem Protokoll der Sitzung beizulegen. Mit der Baumschutzsatzung und der Regelung der Brenntage fehlten ihm jedoch zwei wichtige Themen, deren Arbeitsstand er gern erläutert hätte.

Die Novellierung der Baumschutzsatzung befinde sich in Bearbeitung, da seitens der Ortschaftsräte teilweise Klärungsbedarf bekundet wurde, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Zur Neuregelung der Brenntage werden derzeit Vorschläge geprüft, um Alternativen für die Entsorgung des Grünschnitts zu schaffen.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** wurde abschließend angeregt, nachdem die städtischen Planungen und Baumaßnahmen vorgestellt wurden, nach der Sommerpause auch die diesbezüglichen Vorstellungen der DWG im Ausschuss zu beraten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Pohl** den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:35 Uhr schloss.

8. Schließung der Sitzung

Herr Pohl, Leiter der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schloss die Sitzung des Gremiums um 19:37 Uhr.

Dessau-Roßlau, 01.07.2009

Hans-Werner Pohl
Leitung der Sitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

VI

Anlagen

- Anwesenheitsliste
- 1. Halbjahresbericht 2009 des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung